

Der Chemie-Werker

Betriebszeitung Merck der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) - Juni 2005

Aufruf an die Beschäftigten der chemischen Industrie

Steht die Chemie-Branche vor weiteren Lohnkürzungen?

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Tarifverträge für die 550.000 Beschäftigten in der Chemieindustrie laufen regional unterschiedlich Ende Mai, Juni und Juli aus.

Der Hauptvorstand der IG BCE hat auch dieses Jahr beschlossen ohne eine bezifferte Lohnforderung in die Tarifverhandlungen zu gehen.

Der Sinn von Tarifverhandlungen liegt darin, die inflationsbedingten und sonstige Kostenerhöhungen für die abhängig Beschäftigten auszugleichen und auch eine Umverteilung von oben nach unten zu gewährleisten. Denn denen "Oben" geht es immer besser - denen "Unten" nach Agenda 2010 und Hartz IV immer schlechter.

Unternehmerverbände und Unternehmen versuchen euch mit nicht endenden Erpressungen klein zu kriegen. Sie werden von Politik und Journalisten, von den fünf so genannten Weisen und vielen Professoren hierbei unterstützt.

Die chemische Industrie verdiente in den letzten Jahren "klotzig". Sie nennen dies "Go for Profit and Growth". Bei der BASF beträgt 2004 der Gewinn nach Steuern + 106 Prozent. Dafür arbeiten dort 5.600 Mitarbeiter weniger. Bei Schering beträgt der Gewinn nach Steuern 12,9 Prozent. Dafür dürfen dort 2 000 Mitarbeiter gehen. Bei der Merck KGaA hat man mit 672 Millionen Gewinn nach Steuern das beste Ergebnis in der Firmengeschichte erreicht. Die Belegschaft wurde durch Outsourcing um Hunderte Stellen verkleinert. Ob Stada, ob Altana oder andere - spiegelbildlich finden sich die höheren Gesundheitskosten der Bevölkerung in den Bilanzen großer Pharmafirmen wieder.

Die jahrelang praktizierte Lohnzurückhaltung führte dazu, dass die Reichen dieser Branche immer reicher wurden. Schon die letzten Tarifverhandlungen zeigten, dass nicht mehr der Grundsatz gilt den Mitarbeitern mehr an Geld zu geben! Nein, heute geht es um die Frage wie viel weniger man ihnen am immer größeren Kuchen übrig lässt. Unternehmerverbände sind sogar dabei die Arbeitszeiten zu verlängern. Natürlich werden hierbei noch weitere Stellen gestrichen bzw. Mitarbeiter müssen immer mehr Arbeit erledigen, weil Stellen nicht mehr besetzt werden.



Merck verdreifacht Gewinn

Konzernchef Bernhard Scheuble bezifferte den Jahresüberschuss am Donnerstag auf 672 Millionen Euro, im Vergleich zu 218 Millionen Euro im Vorjahr. Der Umsatz stieg um sieben Prozent auf 5,3 Milliarden Euro. Scheuble wertete das Ergebnis als Bestätigung der neuen Konzern-Strategie, sich auf die Bereiche Pharma und Chemie zu konzentrieren und „fremde Firmenteile“ abzustößeln.

(hr -online vom 17.02.2005)



Fortsetzung auf Seite 4

Einerseits und andererseits ...

Ist Merck sozialer als andere?

Als wirtschaftlicher Leuchtturm inmitten vieler zusammenbrechender Darmstädter Firmen wie Schenck, Wella, Nohl und andere bezeichnete das Darmstädter Echo unlängst die Firma Merck. Gilt doch dort die letzte Zeit jede Verkündung eines Quartalsberichtes als eine Erfolgsgeschichte, die seinesgleichen sucht.

Einerseits hält Merck an „seinen“ ca. 8.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Darmstadt, Gernsheim und Grafing fest – **andererseits** werden immer mehr Kolleginnen und Kollegen in ungesicherten Arbeitsverhältnissen auf Zeitvertragsbasis und von Fremdfirmen beschäftigt.

Einerseits erhalten die Mitarbeiter bei extremen Gewinnen eine jährliche Erfolgsbeteiligung – **andererseits** wurden von dem erzielten Reingewinn von 672 Mio. € gerade mal 5,3 Mio. € (ca. 1%) den Tarifbeschäftigten und stolze 15,3 Mio. € an die wesentlich weniger außertariflichen Beschäftigten ausgezahlt.

Einerseits wurden kürzlich „innovative“ Sozialleistungen verkündet (Bei Streichung von freien Tagen vor dem 24. und 31.12.) – **andererseits** ist das nicht nur eine „Umschichtung“ von Geld? Was hierbei so „sensationell sozial“ sein soll – bei dem besten Ergebnis in der Firmengeschichte – kann man auf den ersten Blick nicht erkennen. Schließlich werden ja auch die Betriebsrenten im Jahr 2005 gekürzt.

Einerseits schreibt Merck eine Erfolgsgeschichte nach der anderen – **andererseits** werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch Ausgliederung ganzer Abteilungen (Biomaterialien, VWR, EC, Pharma Deutschland) immer mehr „ausgedünnt“.



Einerseits wird laut dem Manager Magazin das Einkommen des Firmenlenker Prof. Scheubele mit 3,3 Mio. € pro Jahr taxiert – **andererseits** erhalten die Mitarbeiter von Merck durch eine „zurückhaltende“ Tarifpolitik schon jahrelang netto viel weniger in ihrem Geldbeutel. Bereiten die Merck – Manager mit dem Programm TEMPO nicht den Ausverkauf vieler bisher in Deutschland angesiedelten Arbeitsplätze in Billiglohnländer vor?

Wie anfällig wird Merck bei der kommenden Rezession der Flüssigkristalle? Auf welche Produkte kann der ehemalige „1000-Füßler“ nach dem Verkauf vieler Sparten, nach dem Schließen vieler „unrentabler“ Produktionsbetriebe, nach dem Einkauf vieler Produkte im „Billigland“ China noch ausweichen? Welche „Cash-Cow“ können die Manager dann melken?

Finden wir nicht die extrem hohen Gesundheitskosten für Arzneien (auch von Merck) in den Bilanzen großer Pharmafirmen ?

Oder hat Hans Weiss in dem Buch „Asoziale Marktwirtschaft“ Recht, wenn er behauptet :

„Wenn Sie davon träumen reich zu werden, wirklich reich , und außerdem wenig Steuern zu zahlen – wenn Sie keine Skrupel haben den Staat und die Sozialsystem zu betrügen – wenn es Ihnen nichts ausmacht den Ärzten das Blaue vom Himmel zu versprechen und schlechten Argumenten mit Bestechung und gefälschten Untersuchungsergebnissen „nachzuhelfen“ – dann gründen Sie eine PHARMA-FIRMA. Damit haben sie beste Chancen ihre Träume zu realisieren“

Wie sozial ist Merck eigentlich in Zeiten des „Heuschreckenkapitalismus“?

Oder „kann“ Merck bei solchen „Zahlen“ leicht ein wenig sozial sein?

Zeigt sich das wirklich „Soziale“ an Merck erst in der nächsten Überproduktionskrise?

Was ist ihre Meinung hierzu?

Schreiben Sie uns unter info@dkp-darmstadt.de

Merci, Frankreich!

Millionen Mal: Non!

Die französischen Wählerinnen und Wähler haben gesprochen. Ihr "Non" war deutlich. Zwei Tage, nachdem der deutsche Bundestag den EU-Verfassungsentwurf abgenickt hat, haben sie mit einer Mehrheit von 55 Prozent ihre demokratischen Traditionen verteidigt und klar gemacht, dass die Interessen der vielen wichtiger sind als die Gier der Konzerne und Banken.



Sie verteidigten sich gegen einen Angriff auf ihren Lebensstandard, auf die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze, auf öffentlichen Dienstleistungen, auf soziale Rechte und Sicherheiten. Wie gut das begriffen wurde zeigt, dass die Ablehnung unter den lohnabhängig Beschäftigten und den Arbeitslosen besonders hoch war: In dieser größten Bevölkerungsgruppe stimmten 70 Prozent mit Nein.

Zehntausende feierten in Paris an dem Ort, von dem einst die Französische Revolution ausging, an der Place de la Bastille. Der Sieg der Nein-Kampagne, getragen von der Antiglobalisierungsbewegung, Teilen der Linksparteien und der Kommunistischen Partei Frankreichs als wichtigem Impulsgeber, ist ein Sieg der Demokratie über die Ideologie des Neoliberalismus und der hemmungslosen Privatisierung. "Nein" zu einer Wirtschaftspolitik, "die dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb verpflichtet ist" (Art. III, 69) und damit zum Beispiel das Sozialstaatsgebot des deutschen Grundgesetzes aushebelt. "Nein" zur Verpflichtung der Mitgliedstaaten, "ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern", der unverhohlenen Aufrüstungs- und Militarisierungsverpflichtung mit Verfassungsrang. Ein Schlag ins Kontor der wirtschaftlichen, politischen und militärischen "Eliten" der Europäischen Union, die sich mit dieser Konstitution freie Hand verschaffen wollten.

Würden sie nun ihrer eigenen Rhetorik und den Bedingungen, die sie selbst vor dem französischen Referendum aufgestellt haben, folgen, so müssten sie das Ergebnis respektieren und den Prozess der Schaffung eines Europas des Kapitals abbrechen. Doch schon kurz nach dem ersten Schock zeigte sich, dass die herrschenden EU-Kreise keinesfalls gewillt sind, sich an die von ihnen selbst aufgestellten Spielregeln zu halten. "Der Vertrag ist nicht tot", orakelte Ratspräsident Jean-Claude Juncker. Der Ratifizierungsprozess müsse fortgesetzt werden, Nachverhandlungen seien ausgeschlossen. Bundeskanzler Schröder wusste: "Der Ausgang des Referendums ist ein Rückschlag für den Verfassungsprozess, aber nicht sein Ende." Und Bundesaußenminister Fischer drohte gar: "Eine bessere Verfassung wird Europa nicht bekommen." Die EU-Staats- und -Regierungschefs wollen bei ihrem Gipfel am 16. und 17. Juni über das weitere Vorgehen beraten.

Ein offener Widerspruch zu den Aussagen vor dem Referendum. Da hieß es noch, es gebe keinen "Plan B", lehne eines der 25 EU-Mitgliedländer die Verfassung ab, so sei der Verfassungsprozess am Ende. Nun zog EU-Kommissionssprecherin Françoise Le Bail ein Zusatzprotokoll aus dem Hut, wonach das Thema wieder aufgenommen werden müsse, wenn 20 Mitgliedstaaten den Vertrag ratifiziert hätten. Ein erhellendes Beispiel für das Demokratieverständnis von Brüsseler Bürokraten. Der frühere Präsident und "Vater" des Verfassungsentwurfs, Valerie Giscard d'Estaing, will ein zweites Referendum in Frankreich nicht ausschließen: Wählen, bis es klappt.

Schnell fassten auch die journalistischen Hilfstruppen wieder Tritt. Sie versuchten, das Ergebnis herunterzureden. Man müsse das Ergebnis in erster Linie als innenpolitisches Ereignis, als "rote Karte" für die konservative französische Regierung Raffarin werten. Die Nein-Kampagne habe eine Panikstimmung erzeugt, die Wähler seien nicht informiert gewesen, schrieben ausgerechnet jene Kopflanger in den Redaktionen, die es angestrengt vermieden haben, die deutschen Leserinnen und Leser über Details und Konsequenzen des Vertrags zu informieren. Auch sie haben eine Niederlage erlitten. Auch sie müssen die Erfahrung einstecken: Widerstand ist möglich.

Manfred Idler

Aus: UZ vom 03. Juni 2005

Fortsetzung von Seite 1

Zur Zeit stehen wieder Tarifverhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband Chemie und der IG BCE an. Kündigt sich hier die nächste Lohnkürzung für die Chemiebeschäftigten an? Werden gar die Arbeitszeiten verlängert? Schon zwischen 1993 und 2004 fielen die Löhne und Gehälter real um 4 Prozent! In ganz Deutschland sackt die Nachfrage in den Keller. Sie ist mitverantwortlich, dass immer mehr Menschen ihren Job verlieren.

Soll durch eine unsinnige Arbeitszeitverlängerung zum wiederholten Male das Geld gekürzt werden? Erfolgt mal wieder ein geringerer Abschluss als der reale Kostenanstieg? Reicht die Bruttoerhöhung eurer Löhne aus um nur ansatzweise alle Kostenerhöhungen in diesem Land zu zahlen? Warum geht in der chemischen Branche - trotz sinkender Löhne - der Arbeitsplatzabbau immer weiter? Nicht die Höhe des Lohnes ist der Grund von Entlassungen, sondern die moderne Technik und die Gier nach immer höheren Profiten. "Sie" brauchen immer weniger Menschen zur Produktion von immer mehr Gütern. Fehlende Nachfrage und sinkende Löhne wegen zu geringen Lohnerhöhungen spielt hier natürlich auch eine Rolle.

Eine starke Gewerkschaft gibt den Repressionen der Arbeitgeber nicht immer wieder nach. Dabei zahlen die großen Unternehmen die "läppischen" Tariferhöhungen der letzten Jahre aus der Westentasche.

Kollegen, zeigt dass ihr die Gewerkschaft seid und schaltet euch in die Tarifdiskussion mit ein. Wehrt euch gegen unsinnige Arbeitszeitverlängerungen, die evtl. mit dem Etikett der Standortsicherung - zeitweisen Verzicht auf Kündigungen und evtl. ein paar neuen Ausbildungsplätze versehen wird. Schon heute fordert das Kapital massiv die weitere Senkung der Lohnnebenkosten und mutigere Reformen.

Während Politik und Gewerkschaften von "neuen" Arbeitsplätzen in der Industrie reden, bauen große Unternehmen weiterhin Stellen ab, rationalisieren auf Teufel komm raus und bereiten mit internen Maßnahmen den globalen Ausverkauf bisheriger Arbeitsplätze in Billiglohnländer vor. Dabei werden natürlich bisherige Sozialleistungen gekürzt, Betriebsrenten "geschliffen" und zunehmend die Mitarbeiter nur mit Zeitverträgen eingestellt.

Eine starke Gewerkschaft muss in diesen Tarifverhandlungen "Stärke" zeigen und dafür sorgen, dass von den Gewinnen der Multis mehr in eure Taschen fließt. Betriebsspezifische Sonderzahlungen bei extremen Gewinnen sind bestenfalls Brosamen. Nötig sind gerade heute höhere Tarifabschlüsse in der Chemie-Branche. Euer Arbeitsplatz wird nicht sicherer durch Lohnverzicht.

Schaut zu Karstadt, zu Opel, zu Siemens, zu VW und anderen. Bei immer rüderen Angriffen der Kapitaleseite (Deutschen Bank, Henkel, ...) ist Widerstand nötig und keine "Unterwerfung" unter den Wünschen der Kapitaleseite.

Sozialpartnerschaft in der chemischen Industrie darf nicht dazu dienen immer nur den Arbeitgebern den Tisch reich zu decken und diejenigen, die die Werte mit ihrer Hände Arbeit schaffen, mit Bettlerblicken auf den vollen Gabentisch schauen zu lassen.

Eine ordentliche Lohnerhöhung bei Merck ist möglich und nötig!



Internet und E-Mail

Parteivorstand der DKP

www.dkp.de

dkp.pv@t-online.de

Unsere Zeit - Zeitung der DKP

www.unsere-zeit.de

DKP Darmstadt

www.dkp-darmstadt.de

info@dkp-darmstadt.de

DKP Reinheim / Stadtverordnetenfraktion

www.dkp-reinheim.de

renate.grieger@t-online.de

Darmstädter Stadtverordnetenfraktion PDS-DKP/Offene Liste

www.pds-dkp-old.de

info@pds-dkp-old.de

Impressum

DKPDarmstadt-Dieburg

Tel.: 06155-64998

Fax: 06155-65672

E-Mail: info@dkp-darmstadt.de

Spendenkonto:

107 562 62

bei der SEB Bank Offenbach

BLZ: 505 101 11